

Global Media Journal

German Edition

ISSN 2196-4807

Vol. 4, No. 1, Spring/Summer 2014

URN:nbn:de:gbv:547-201400216

Der Nahostkonflikt und die Medien

Carola Richter

Abstract: Diese Einführung in eine Themenausgabe zu den vielfältigen Rollen der Medien im Nahostkonflikt skizziert die Probleme, die sich für Medien und Journalisten als Akteure im Konflikt, Adressaten der Konfliktparteien und Anlass für Konflikt durch ihre Berichterstattung ergeben. Das Konfliktgebiet Israel und Palästina ist sowohl für Forschung über Auslandsberichterstattung, über transnationale Agenda Building- und Public Diplomacy-Prozesse als auch über mediensystemische Entwicklungen in Besatzer- und Besatzungsgebieten interessant. Der Artikel gibt einen Überblick über das Feld und führt dabei in die in der Themenausgabe präsentierten empirischen Studien zum Nahostkonflikt und den Medien ein.

Keywords: Nahostkonflikt, Medien, Journalismus, Israel, Palästina, Auslandsberichterstattung, Public Diplomacy

Wie beginne ich diesen Text, um mich dem Thema anzunähern, ohne gleich in alle Fallen zu treten, die die diskursive Auseinandersetzung mit dem Nahostkonflikt bereithält? Schreibe ich über „Konflikte zwischen Israelis und Palästinensern“, dann ver-individualisiere ich den Konflikt vielleicht zu sehr und vernachlässige die Strukturbedingungen. Dann vielleicht doch lieber „Konflikte zwischen Israel und Palästina“? Aber ist das nicht schon wieder zu abstrakt und überhaupt: ist „Palästina“ überhaupt eine (politisch) korrekte Bezeichnung oder ergreife ich damit schon wieder Partei und veranlasse einige dazu, den Text gar nicht mehr weiterzulesen? Je intensiver man sich mit der Problematik auseinandersetzt, umso komplexer wird sie – und das schon allein auf der Ebene der Terminologie.

Auslandsberichterstattung und Auslandskorrespondenten als zentraler Untersuchungsgegenstand

Die Journalistinnen und Journalisten, die sich beruflich mit dem Nahostkonflikt beschäftigen, stehen jeden Tag vor der Herausforderung, die angemessenen

Worte, die relevanten Quellen und zum Verständnis beitragenden Geschichten finden zu müssen, um uns – die Außenstehenden – über das auch weltpolitisch so relevante Geschehen vor Ort zu informieren. Sie wissen um diese Herausforderung nur zu gut, sie ringen mit sich. Der Beitrag von Eugenia Levine und Maria Louise Posdich in dieser Ausgabe vermittelt in eindrücklicher Weise die intensiven Reflektionen, die die Journalisten in Israel und Palästina mehr als in jedem anderen Land bei ihrer Arbeit offensichtlich vornehmen (müssen).

Nichtsdestotrotz scheinen die Strukturbedingungen der Medienproduktion mit der langwierigen Geschichte sowie der hochkomplexen Anlage des Konflikts zu inkompatibel zu sein, als dass die Auslandsberichterstattung ihre Aufgaben wirklich erfüllen könnte. Auslandsberichterstattung muss – egal zu welcher Region – mehr als die Inlandsberichterstattung die Möglichkeit des Lernens und der Wissensgenerierung über gesellschaftliche, politische und kulturelle Prozesse aus dem Berichtsland bieten. Trotz einer quantitativ hohen Berichterstattung über die Region gelingt es der deutschen Berichterstattung in ihrer Gesamtheit nur bedingt, adäquates Wissen über die Menschen in Israel und Palästina zu generieren und die Zusammenhänge des Konflikts verstehbar zu machen.

Aus der Forschung zu Nachrichtenfaktoren wissen wir, dass Konflikt und Schaden zentrale Ereignismerkmale sind, die eine journalistische Thematisierung von Nachrichten befördern (vgl. Schulz 1976, Kepplinger 1998). Dazu kommen die politische Nähe zum Ereignisland und die eigene (nationale) Betroffenheit durch das Ereignis. Nicht zuletzt spielen die Dauer eines Ereignisses und die Möglichkeit, thematisch an bestehendes Vorwissen anknüpfen zu können, für die Selektionsprozesse der Journalisten eine wesentliche Rolle. Der Nahostkonflikt passt oberflächlich besehen bestens in dieses Muster: In keinem Land der Welt gibt es – in Relation zur Bevölkerungszahl – mehr deutsche Auslandskorrespondenten als in Israel und Palästina (Götz 2008, S. 412). Der Konflikt beeinflusst die Weltpolitik seit Jahrzehnten nachhaltig, und jedes Ereignis, jede Einmischung von außen, jede interne Machtverschiebung strahlt in die gesamte Nachbarregion aus. Angesichts der deutschen Geschichte haben Nachrichten zu und aus Israel auch häufig eine innenpolitische Dimension und bringen unsere eigenen innergesellschaftlichen Konflikte zutage. Darf man Waffen nach Israel liefern? Welche Kritik an Israel ist zulässig, welche antisemitisch? Diese Fragen befeuern die mediale Debatte beständig und machen den Konflikt zu einem Kernthema deutscher Berichterstattung.

Bis zum Sechstagekrieg 1967 galt Israel den (west)deutschen Medien dabei vorrangig als bedrängtes Opfer, dem man beiseite stehen müsse (Hub 1998). Mit dieser eindeutigen Parteinahme sollte nicht zuletzt auch deutsche Schuld verarbeitet werden. 1967 formulierte der Verleger Axel Springer für die Medien seines Hauses „gesellschaftspolitische Unternehmensgrundsätze“, von denen einer bis heute lautet: „Das Herbeiführen einer Aussöhnung zwischen Juden und Deutschen, hierzu gehört auch die Unterstützung der Lebensrechte des

israelischen Volkes“.¹ Die Medien der Springer-Gruppe wie *Welt* und *BILD* halten diese Tradition auch heute noch hoch. Dass die intensive Diskussion um die deutsche Vergangenheit aber auch die Diskurse anderer Akteure geprägt hat, zeigt eindrücklich der Beitrag von Anja Hempel, Sebastian Bähr und Melanie Neumann in dieser Ausgabe. Denn nicht nur die als rechts-konservativ einzuordnenden Blätter Springers, auch Zeitungen des linken Randes wie *Jungle World*, *Bahamas* oder *konkret* artikulieren eine dezidierte Israel-Solidarität. Die Autoren weisen nach, dass eine geradezu frappierend ähnliche Argumentation in *Welt* und *Jungle World* im Hinblick auf Israel existiert, die die typische Verortung von linken und rechten Positionen in der deutschen Medienlandschaft aushebelt. Gleichzeitig wird aber auch offensichtlich, dass hier ein offensives Bekenntnis der Medienproduzenten zur Israel-Solidarität die Berichterstattung prägt, generell Medien aber durchaus autonom in der Wahl ihrer Haltungen zum Nahostkonflikt sind. Der Mainstream der deutschen Medien sucht da eher den internen Pluralismus.

Nicht zuletzt der Status Israels als Besatzungsmacht und das Aufbegehren der Palästinenser hat dazu geführt, dass Kritik an Israel mittlerweile durchaus Normalität in deutschen Medien ist. Somit greifen Annahmen einer (zu) pro-israelischen oder einer (zu) pro-palästinensischen Tendenz deutscher Medien in ihrer Gesamtschau zu kurz. Der Beitrag von Mareike Witte zur Berichterstattung über die zwei großen Gaza-Kriege der letzten Jahre zeigt denn auch auf, dass die überregionalen Qualitätszeitungen eher generell mit einem distanziert-kritischen Blick auf den Konflikt schauen und die Berichterstattung kaum von redaktionellen Linien beeinflusst zu sein scheint. Tendenziosität ist also nicht das grundlegende Problem, das es im Hinblick auf eine nur bedingt informierende Berichterstattung zu diskutieren gilt. Denn ungeachtet der durchaus pluralen Bewertung der Konfliktparteien bleibt das Problem der Unterkomplexität der Berichterstattung.

Ein wesentlicher Punkt, der diese Unterkomplexität befördert, ist die immer stärker werdende De-Kontextualisierung der Konfliktdarstellung. Wenn Palästinenser Raketen einsetzen oder Terroranschläge verüben, dann überschreitet das häufig die Nachrichtenwert-Schwelle und wird berichtet. Das Gleiche gilt für israelische Militäreinsätze oder gezielte Tötungsangriffe. Wie zielführend ist es aber für ein Verständnis des Konflikts die Toten und Verletzten zu zählen?

Es kann bei der Berichterstattung natürlich nicht darum gehen, den Konflikt auszublenden und eine Normalität zu suggerieren, die es nicht gibt, sondern anhand menschlicher Schicksale aufzuzeigen, was solch ein Konflikt mit jedem von uns machen würde. Beispielsweise bleibt die eigentliche Problematik der alltäglichen, strukturellen Gewalt, die die „heißen“ Gewaltausbrüche bedingt, zunehmend unberücksichtigt. Die Segregation der Palästinenser mittels Mauern, Checkpoints und Straßen und ihre scheinbar banalen Implikationen werden kaum

¹ Vgl. die vollständigen Grundsätze unter http://www.axelspringer.de/artikel/Grundsätze-und-Leitlinien_40218.html.

sichtbar gemacht. Das Problem des stundenlangen Schulwegs aufgrund von Checkpoints oder die Lieferschwierigkeiten eines Händlers in Ramallah – diese Themen schaffen es selten in die Medienberichterstattung. Auch die Bewertung der Siedlungen als illegal verflüchtigt sich mit deren Wachstum, die Besetzung wird in der täglichen Berichterstattung zur Normalität. Die lange Dauer des Konflikts sorgt also für eine immer wiederkehrende Thematisierung, sie bewirkt aber auch, dass gewalthaltige Ereignisse für sich stehen und nicht notwendigerweise kontextualisiert werden.

Das Problem der fehlenden Kontextualisierung und Einordnung wirft aber wiederum die Frage auf, wie weit die Berichterstattung historisch zurückgreifen sollte. Muss man nicht die Ursachen der Zweiten Intifada von 2000 und der Ersten Intifada von 1987 aufzeigen, den Terror im Israel der 1990er beschreiben, die Oslo-Vereinbarungen von 1993 darlegen, die UNO-Resolution 242 von 1967 im Kopf haben oder gar die Zeit des britischen Mandats anführen, um politische Handlungen und gesellschaftliche Gefühlslagen auf beiden Seiten verstehbar machen zu können? Nicht zuletzt wäre die internationale Dimension zu reflektieren – die europäische Kolonialpolitik und die Machtkämpfe der Großmächte im Kalten Krieg, die die heutigen Gegebenheiten in der Region erst geschaffen und dann maßgeblich geprägt haben. Redaktionen und Korrespondenten stehen hier vor dem Problem, beim Rezipienten eigentlich kein Vorwissen voraussetzen zu können und trotzdem nur 1:30 Minuten oder 20 Zeilen zur Verfügung zu haben, um aktuelle Entwicklungen zu erklären. Ein Effekt ist, dass wesentliche Hintergrundinformationen in Schlagwörtern verpackt werden: Da wird häufig bei der Beschreibung der palästinensischen politischen Landschaft die „radikal-islamische Hamas“ einer vermeintlich „säkularen Fatah“ gegenübergestellt, ohne den Charakter der beiden Bewegungen damit wirklich sichtbar zu machen und ihre historisch bedingten jeweils durchaus ambivalenten und intern fragmentierten Positionen aufzuzeigen. Auch die „Zweistaatenlösung“ ist ein Vorschlag mit gehörigem historischem Ballast, der auf den UNO-Teilungsplan 1947 zurückgeht und seitdem vor allem von internationalen Beobachtern diskursiv durchgesetzt wird, während er in Israel allenfalls eine rhetorische Floskel ist und in Palästina bei vielen aufgrund der Zersiedlung des Landes kaum noch als reale Perspektive begriffen wird.

Public Diplomacy und Agenda-Building-Versuche: Zum Kampf um Deutungshoheit im Nahostkonflikt

Zudem ist auch unter israelischen und palästinensischen Akteuren ein Wettstreit darüber entbrannt, die Weltöffentlichkeit und Journalisten von ihrer Interpretation der Prozesse und Ereignisse zu überzeugen. Dieses als Public Diplomacy bezeichnete Vorgehen fängt bei dem Ringen um sprachliche Ausdrücke an (sind es nun „illegale“ oder „strittige“ Siedlungen, heißt es „Westjordanland“

oder „Judäa und Samaria“)² und hört bei dem Kampf um Deutungshoheit im virtuellen Raum auf Twitter und Facebook nicht auf. Israel gehört neben den USA sicherlich zu den aktivsten Web 2.0-Diplomaten, die nicht nur ihre Botschaften weltweit alle Social-Media-Kanäle virtuos bespielen lassen, sondern insbesondere in akuten Konflikten wie dem Gaza-Krieg 2012 durch News-Management mittels Social Media den Tenor der internationalen Berichterstattung zu beeinflussen versuchen.

Die Leistung, die Journalisten hier erbringen müssen, ist es, die hinter diesem überbordenden Strom an Informationen und Interpretationen liegenden Interessen herauszuarbeiten, sie einzuordnen und ihren Wahrheitsgehalt zu gewichten. Eine Gefahr besteht dabei darin, sich von diesen virtuellen Elitendiskursen vereinnahmen zu lassen und vor allem diese abstrahierte Ebene des Konflikts zwischen Politikern und Militärs zu vermitteln. Die Beiträge von Florian Fleischer, Katharina Füser und Johanna Isermeyer sowie von Kathrin Baumann, Sabine Cygan und Ariane Trautvetter schildern anhand deutscher Politik-Journalisten bzw. Auslandskorrespondenten allerdings, dass zwar der Zeit- und Kostendruck, dem die Journalisten ausgesetzt sind, es israelischen und palästinensischen Akteuren prinzipiell durchaus leichter macht, ihr Material als interessante Informationsquelle zu lancieren. Allerdings zeugen die Aussagen der befragten Journalisten von einem hohen Anspruch an die eigene Objektivität und einer dementsprechend distanziert-kritischen Verarbeitung der erhaltenen Informationen. Gleichzeitig wird aber auch deutlich, wie stark gerade die Nutzung sozialer Medien durch die Konfliktparteien die Journalisten zunehmend in eine neue Rolle drängt. Jeder außerhalb Israels und Palästinas ansässige Rezipient kann sich heute mittels Facebook, Twitter und YouTube seine eigenen Nachrichtenfeeds zusammenstellen und dabei die Interpretation der einen oder der anderen Seite ungefiltert wahrnehmen. Es lässt sich also fragen, ob man unter gutem Journalismus dann noch verstehen sollte, die eine neben die andere Meinung zu stellen, wie es die meisten der befragten Journalisten in dieser Ausgabe als Zuflucht in diesem Dilemma der Informationsaufbereitung beschreiben. Vielmehr, so könnte eine Schlussfolgerung sein, sollte bei den Journalisten stärker die Interpretation und Bewertung und kritische Einordnung der Quellen im Vordergrund stehen und gegebenenfalls auch einmal der Mut, einer Perspektive bewusst und transparent mehr Raum zu bieten.

Angesichts der zunehmenden Segregation der Lebenswelten von Israelis und Palästinensern wäre dies auch eine Reflektion der Verhältnisse vor Ort, wo eine Gesellschaft von der anderen kaum etwas weiß. Israelis ist es von ihrem Staat untersagt, in die palästinensisch kontrollierten Zonen der so genannten Area A wie Gaza, Ramallah oder Bethlehem zu fahren. Palästinenser aus Gaza oder dem Westjordanland dürfen nicht nach Israel einreisen und lernen Israelis quasi nur in

² Vgl. bspw. den Auftritt des damaligen stellvertretenden israelischen Außenministers Danny Ayalon in einem YouTube-Video: <http://www.youtube.com/watch?v=XGYxLWUKwWo> und die flapsige Antwort darauf von zwei Palästinenserinnen: <http://www.youtube.com/watch?v=MBYkBqY1-LM>.

Form von Soldaten oder Siedlern kenne. Zwar unterliegen ausländische Journalisten diesen Bewegungsrestriktionen nicht. Aber ob man als Korrespondent in Tel Aviv, Jerusalem oder aber Ramallah seinen Sitz hat, wirkt sich unweigerlich auf den Zugang zu bestimmten Problemen, Lebensweisen, Themen und damit auf die Berichterstattung aus, die es entsprechend zu reflektieren gilt.

Medien und Journalismus in Israel und Palästina

Während es für Auslandskorrespondenten dennoch zumindest möglich ist, zwischen den verschiedenen Welten der Konfliktparteien zu pendeln, sind israelische und palästinensische Journalisten in der Regel Gefangene von Strukturen, die den Blick verengen auf eine sehr spezifisch eigene Sichtweise des Konflikts. Ein genereller Trend, der zum Beispiel von Kommunikationswissenschaftlern der Hebrew University in Jerusalem anhand von Untersuchungen der israelischen und palästinensischen Fernsehberichterstattung in der Zweiten Intifada festgestellt worden ist, ist es, die eigene Betroffenheit von Gewalt in einem Opfer-Frame zu verarbeiten, und die Gewalt, die von der eigenen Partei am „Feind“ vorgenommen wird, mit einem Rechtfertigungs-Frame darzustellen (Wolfsfeld et al. 2008). Diese Opfer-Rechtfertigungs-Dichotomie, die auch in nicht-gewalthaltigen Auseinandersetzungen dominiert, trägt wesentlich dazu bei, den Konflikt zu verstetigen und die Positionen zu verhärten.

Die israelische Medienwatch-Organisation *Keshev* beklagt beispielsweise, dass von den politischen Eliten die Schuldfrage oder die Frage nach Verantwortlichkeiten grundsätzlich auf die andere Konfliktpartei abgewälzt und dies von den Massenmedien – gerade in Zeiten von Gewaltausbrüchen – nur allzu gern übernommen würde.³ *Keshev* wirbt für eine generelle Reflektion der Thematisierungsentscheidungen, aber auch der sprachlichen Zuschreibungen und Platzierungen bestimmter Fakten in den israelischen Medienredaktionen. Genauso wichtig aber ist es der Organisation, die Medienkonsumenten zu kritischer Rezeption zu erziehen und auch in israelischen Medien „zwischen den Zeilen zu lesen“ (Iram et al. 2009).

Die Strukturen scheinen auch nach aufgeklärten Rezipienten zu verlangen, denn das israelische Mediensystem hat gerade in den letzten Jahren tiefgreifende Änderungen erfahren. Insgesamt ist es geprägt von einem dualen Rundfunksystem und einer recht pluralistischen Presselandschaft. Bis in die 1960er Jahre verführte allerdings das Credo des notwendigen gemeinschaftlichen Aufbaus der Nation zu einer recht unkritischen Berichterstattung gegenüber den politischen Eliten (Caspi 2005, S. 25). Auch die bis heute bestehende Militärensensur ist in diesem Zusammenhang der nationalen Konsensbildung zu verstehen. Eine Liste mit mehr als 40 Tabu-Themen ist um den Bereich der nationalen Sicherheit definiert (wie z.B. Waffenverkäufe oder Nuklearwaffen) und dient als Grundlage einer

³ Interview mit dem Direktor von *Keshev*, Yizhar Be'er am 03.03.2013 in Jerusalem.

Vereinbarung zwischen der Presse und dem Zensurbüro über das offiziell Nicht-Sagbare in israelischen Medien. Migle Bareikyte, Ingo Dachwitz und Yang Lu stellen in ihrem Beitrag dar, wie israelische Journalisten die Zensur manchmal als Ärgernis empfinden, das beispielsweise zu umgehen versucht wird, indem Informationen ausländischen Medien zugespielt und deren Berichte wiederum zitiert werden. Häufig wird die Zensur aber auch als Absicherung und Hilfestellung empfunden, ob die transportierten Fakten veröffentlichbar sind und keine Gefährdung des Staates Israel auslösen.

Israel ist hier ein besonders interessantes Beispiel, um die Widersprüche eines prinzipiell demokratisch angelegten Mediensystems und der auf es einwirkenden Beschränkungen zu diskutieren. Dabei spielt neben der staatlichen Medienkontrolle aber vor allem auch ökonomischer Druck eine Rolle. Mit der Besatzung ab 1967, der Ausweitung der Siedlerbewegung, der Immigrationswellen ab 1990 und den damit einhergehenden internen sozialen und politischen Fragmentierungen manifestierte sich nämlich trotz des typischen „Rally-round-the-flag“-Prinzips eine Ausdifferenzierung des Medientenors. Die drei großen Tageszeitungen *Yedioth Ahronoth*, *Maariv* und *Haaretz*, die sich mit Abstrichen einem konservativ-liberal-links Schema zuordnen lassen, bestimmten so lange den Markt. Seit 2007 aber werden sie zunehmend bedrängt durch die kostenlos verbreitete Zeitung *Israel Hayom*, die innerhalb weniger Jahre zur reichweitenstärksten Zeitung Israels aufgestiegen ist und den Anzeigenmarkt durch Dumpingpreise regelrecht pulverisierte. Sie wird von dem amerikanischen Milliardär Sheldon Adelson finanziert und gilt als Haus- und Hofblatt des israelischen Premiers Benjamin Netanjahu. Die Zeitung *Maariv*, lange Zeit Nummer 2 auf dem Markt, wurde insolvent und schließlich 2012 von einem Vertreter nationalreligiöser Siedler aufgekauft. Insgesamt hat sich damit ein konservativer Wandel in der israelischen Presse vollzogen, der mit dem Aufschwung von *Fox News* im US-Markt vergleichbar ist. Zudem müssen die Zeitungen, die keinen Milliardär im Hintergrund haben, deutlich stärker auf ihre Verkaufszahlen achten. Themen, die mit dem Alltag der Besatzung und Palästinensern in Zusammenhang stehen, waren dabei nie wirklich verkaufsfördernd – die israelische Öffentlichkeit tendiert eher zu einem Ausblenden des unmittelbaren Konflikts. In der Regel bedienen sich die israelischen Medien deshalb auch einer abstrahierenden Draufsicht auf den Konflikt, indem sie auf Eliten, politische Institutionen und ihre Entscheidungen fokussieren. Die einzige Zeitung, die überhaupt eine jüdisch-israelische Korrespondentin in den palästinensischen Gebieten hat, ist die links-liberale *Haaretz*. Die Korrespondentin Amira Hass nimmt sich auch Geschichten aus dem Inneren der palästinensischen Gesellschaft an und hat dabei zuallererst das Ziel, den israelischen Lesern die Auswirkungen der Besatzung aufzuzeigen.⁴ *Haaretz* will und kann es (noch) aushalten, dass dies immer wieder zur Kündigung von Abonnements führt – aber diese Haltung ist nur bei wenigen israelischen Medien zu finden.

Johanna Hartung und Patricia Lange zeigen in ihrem Beitrag anhand des Umgangs der israelischen Presse mit der arabischen Minderheit im Innern Israels

⁴ Interview mit Amira Hass am 07.03.2013 in Ramallah.

auf, dass die beiden paradoxen Mechanismen – die durchaus lebendige und kritische Diskussionskultur israelischer Medien bei gleichzeitigem Marginalisieren des arabischen „Anderen“ – auch für Israel-interne Konflikte gilt. Das demokratische Element des Diskurses im Hinblick auf das von internationalen Organisationen als rassistisch empfundene *Admissions Committee Law* scheint zwar in der israelischen Presse durch einen Bezug auf Menschenrechtsnormen und Gleichheitsprinzipien auf, gleichzeitig verweigert dieselbe Presse aber eine „wir“-Identifikation mit den in der Regel von diesem Gesetz betroffenen Arabern.

In den palästinensischen Gebieten ist nicht das Ausblenden des Konflikts in den Medien das Problem, im Gegenteil – der Konflikt ist medial allgegenwärtig. Die in Gaza und dem Westjordanland produzierten Massenmedien sind aber weitgehend in den Händen der politischen Eliten und fungieren nicht als kritische watchdogs der Regierung, sondern vielmehr als deren Sprachrohr (vgl. Bishara 2010, Jamal 2000). Die 2007 faktisch vollzogene Aufteilung der politischen Herrschaftsgebiete zwischen Fatah im Westjordanland und Hamas in Gaza führte zudem zur innerpalästinensisch separierten Hoheit über Medienorgane – insbesondere über den Rundfunk – die auch nach der Annäherung der beiden Parteien 2014 noch besteht. So betreibt Hamas *al-Aqsa TV*, während die von der Fatah gestellte Palästinensische Autonomiebehörde den „nationalen“ Sender *PBC* kontrolliert. Zur weitgehenden Abhängigkeit von der jeweiligen palästinensischen politischen Führung kommen die externen Reglementierungen durch Israel, das nach wie vor die Hoheit über das elektro-magnetische Feld in den palästinensischen Gebieten hat und beispielsweise für die Zuteilung von Frequenzen zuständig ist (Tawil-Souri 2012), und damit zugleich die Verletzlichkeit der medialen Infrastruktur vor Augen führt. 2002, in der Hochzeit der Zweiten Intifada, wurde beispielsweise die Sendestation der *PBC* in Ramallah durch die israelische Armee gezielt zerstört.⁵ Palästinensische Journalisten operieren also in einem doppelt repressiven Umfeld, was dazu führt, dass die Opferperspektive herausgestellt wird, aber der Kontext von ihnen selbst nur ungenügend beleuchtet werden kann. Nach wie vor sind deshalb pan-arabische Fernsehsender und insbesondere *al-Jazeera* diejenigen, die zum einen die Deutungshoheit über den Konflikt innerhalb der arabischen Länder inne haben, zum anderen aber auch lange Zeit in den palästinensischen Gebieten als quasi-lokale Medien und Alternative zu den palästinensischen Massenmedien wahrgenommen wurden (Zayani 2005). Mit der deutlichen Zunahme der Artikulation einer eigenen politischen Agenda Qatars via *al-Jazeera* im Zuge des arabischen Frühlings hat der Sender aber insgesamt an Glaubwürdigkeit verloren. Stattdessen setzen insbesondere junge Palästinenser stärker auf Community-Media wie lokale Radiostationen, aber auch auf Internet-Blogs und soziale Netzwerke wie Facebook, um sich selbst zu artikulieren und ihre Sichtweise der Ereignisse und des Alltags zu dokumentieren. Dabei entsteht selbstverständlich kein journalistisch ausgewogenes Bild des Konflikts, sondern ein sehr aktivistisch geprägtes, das aber das Potential hat, als authentisch wahrgenommen und durch seinen individuellen Charakter ernst genommen zu werden. Der Beitrag von

⁵ Vgl. BBC, 24.01.2002, http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/1780684.stm.

Kathrin Baumann, Sabine Cygan und Ariane Trautvetter gibt einen ersten Einblick in die Strategien und Überlegungen palästinensischer Organisationen, sich diese neuen Medien auch bei der Darstellung ihrer Sichtweisen auch ins Ausland nutzbar zu machen.

Empirische Studien zum Themenfeld in dieser Ausgabe

Die gemachten Ausführungen verdeutlichen einmal mehr die Komplexität der Rolle von Medien und Journalismus im Nahostkonflikt. Medien und Journalisten sind zugleich Akteure im Konflikt, Adressaten der Konfliktparteien und Anlass für Konflikt. Die Texte in dieser Themenausgabe sind aus einer intensiven Beschäftigung mit dieser komplexen Situation entstanden. Die Studierenden des Master-Studiengangs Medien und Politische Kommunikation an der Freien Universität Berlin, von denen die folgenden Texte stammen, haben sich über ein Jahr lang intensiv mit der Materie beschäftigt und teils unterstützt durch Feldforschungsaufenthalte in Israel und Palästina empirische Forschung zu unterschiedlichen Aspekten des Verhältnisses vom Nahostkonflikt und den Medien geleistet. Das Resultat ist eine facettenreiche Schilderung der verschiedenen Rollen, die Medien und Journalisten in diesem Konflikt spielen, untersucht mit inhaltsanalytischen und Befragungsverfahren, die einen tiefen Einblick in die vorhandene Literatur gibt und darüber hinaus aber insbesondere die bestehende Forschung mit etlichen neuen Ergebnissen anreichert.

Die Artikel der Sonderausgabe können auch als Book on Demand in einer ansprechenden Print-Version zum Preis von 12,90€ über die einschlägigen Buchportale wie amazon oder direkt bei www.bod.de/shop bestellt werden
Carola Richter (Hrsg.). *Der Nahostkonflikt und die Medien*. 252 Seiten. ISBN 9783735739186.

Bibliografie

- Bishara, A. (2010). New Media and Political Change in the Occupied Palestinian Territories: Assembling Media Worlds and Cultivating Networks of Care. *Middle East Journal of Culture and Communication*, 3(1) 63–81.
- Caspi, D. (2005). On media and politics: between enlightened authority and social responsibility. *Israel Affairs*, 11(1), 23-28.
- Götz, U. (2008). Korrespondenten im Kreuzfeuer - Das Berichtsgebiet Israel und die palästinensischen Gebiete. In O. Hahn, J. Lönnendonker & R. Schröder (Hrsg.), *Deutsche Auslandskorrespondenten - Ein Handbuch*. (S. 412-429). Konstanz: UVK
- Hub, A. (1998). *Das Image Israels in deutschen Medien: Zwischen 1956 und 1982*. Frankfurt/M.: Peter Lang.

- Iram, S., Vlodavsky, O. & Nimri, R. (2009). *Reading between the lines. An Israeli-Palestinian Guide to Critical Media Consumption*. Keshev and Miftah.
- Jamal, A. (2000). The Palestinian Media: An Obedient Servant or a Vanguard of Democracy? *Journal of Palestine Studies*, 29(3), 45-59.
- Kepplinger, H.M. (1998). Der Nachrichtenwert der Nachrichtenfaktoren. In C. Holtz-Bacha, H. Scherer & N. Waldmann (Hrsg.), *Wie die Medien die Welt erschaffen und wie die Menschen darin leben*. (S. 19-38). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schulz, W. (1976). *Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien*. Freiburg: Verlag Karl Alber.
- Tawil-Souri, H. (2012). Digital Occupation: Gaza's High-Tech Enclosure. *Journal of Palestine Studies*, 41(2), 27-43.
- Wolfsfeld, G., Frosh, P. & Awabdy, M.T. (2008). Covering Death in Conflicts: Coverage of the Second Intifada on Israeli and Palestinian Television. *Journal of Peace Research*, 45(3), 401-417.
- Zayani, M. (2005). Witnessing the Intifada. Al Jazeera's Coverage of the Palestinian-Israeli Conflict. In M. Zayani (Hrsg.), *The Al Jazeera Phenomenon. Critical Perspectives on Arab Media*. (S. 171-182). Paradigm, Boulder.

Autorin

*Carola Richter, Dr. phil., ist Juniorprofessorin für Internationale Kommunikation an der Freien Universität Berlin. Sie studierte Arabistik, Journalistik und Politikwissenschaft in Leipzig und Birzeit (Palästina). Von 2004-2010 war sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Erfurt. Ihre Arbeitsgebiete sind Mediensysteme und Transformationsprozesse in der arabischen Welt, Medien und Globalisierung, Public Diplomacy, Auslandsberichterstattung, Medien und Migration.
Email: carola.richter@fu-berlin.de*